

**Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Die Ministerin



Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den

Präsidenten des Landtags

Nordrhein-Westfalen

Herrn André Kuper MdL

Platz des Landtags 1

40211 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE
18/2216**

A03

30. Januar 2024

Seite 1 von 1

Aktenzeichen

bei Antwort bitte angeben

Dr. Edgar Voß

Telefon 0211 837-2370

Telefax 0211 837-2505

edgar.voss@mkjfgfi.nrw.de

**Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am
01.02.2024**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

für die o.g. Ausschusssitzung bin ich um einen schriftlichen Bericht zum
Thema „Wie steht es um die Fortführung des Projektes NRW LSBTIQ*
inklusiv?“ gebeten worden.

Dieser Bitte komme ich hiermit gerne nach und übersende Ihnen den bei-
gefügten Bericht mit der Bitte um Weiterleitung an die Ausschussmitglie-
der.

Mit freundlichen Grüßen

Josefine Paul

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 837-2000
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mkjfgfi.nrw.de
www.mkjfgfi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
706, 709 (HST Stadttor)
707 (HST Wupperstraße)

Bericht der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

„Wie steht es um die Fortführung des Projektes NRW LSBTIQ* inklusiv?“

Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 01.02.2024

Das aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen finanzierte Projekt „NRW LSBTIQ* inklusiv“ begann im Februar 2020 seine Arbeit. Ein Schwerpunkt war die Förderung der Studie „Die Lebenswirklichkeit und die Problemlagen von LSBTIQ* mit unterschiedlichen Formen der Behinderung, chronischen Erkrankungen, psychischen und sonstigen Beeinträchtigungen“, die, erstmalig in Deutschland, die unterschiedlichen Lebenslagen und Bedarfe von LSBTIQ* mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen erhoben hat. Die Studie, in der über 870 Personen eingebunden werden konnten, wurde in Kooperation mit BIE Queer e.V., der Gleichstellungsstelle der Stadt Bielefeld, der AIDS-Hilfe Bielefeld und der FH Bielefeld, Fachbereich Sozialwesen, durchgeführt; ein weiterer Kooperationspartner war queerhandicap NRW e.V. Die Studienergebnisse zeigen auf, dass queere Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen überdurchschnittlich häufig Stigmatisierung erleben und Mehrfachdiskriminierungen ein prägender Teil ihrer Biographie und ihrer Lebenswirklichkeit sind.

Ein weiterer Schwerpunkt von „NRW LSBTIQ* inklusiv“ war die Unterstützung bei der Vernetzung, der Sichtbarkeit und dem Empowerment von Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen. Im Rahmen dessen wurden unter anderem Vernetzungstreffen organisiert, der Runde Tisch NRW LSBTIQ* inklusiv eingerichtet, eine Informationskampagne durchgeführt und eine entsprechende Website erstellt. Ziel der Maßnahmen war es, auf die besonderen Bedarfe von LSBTIQ* mit Beeinträchtigungen aufmerksam zu machen, so dass LSBTIQ* mit Beeinträchtigung in den für sie bestimmten Angeboten und Lebensbereichen besser inkludiert werden konnten.

Über das weitere Vorgehen führen sowohl das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration als auch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit Vertreterinnen und Vertretern von „NRW LSBTIQ* inklusiv“ sowie der queeren Communities Gespräche. Diese verlaufen konstruktiv, sind aber derzeit noch nicht abgeschlossen.

Die Landesregierung sieht sich durch das Projekt „NRW LSBTIQ* inklusiv“ in ihrem Vorhaben bestätigt, die Lebenssituation für LSBTIQ* Menschen in Nordrhein-Westfalen weiter zu verbessern. Bereits der „Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen“, hält beispielsweise fest, dass nur ein Gesundheitswesen, das Inklusion schafft und Diversität ermöglicht, ein gutes und patientenorientiertes Gesundheitswesen ist. Zudem arbeitet die Landesregierung daran, die Vielfalt der Zivilgesellschaft zu stärken, indem sie den landesweiten Aktionsplan für Vielfalt und gegen Homo- und Transfeindlichkeit weiterentwickelt und als Querschnittsaufgabe konsequent im Zusammenspiel aller

Ressorts umsetzt. Dies schließt Menschen mit und ohne Behinderungen gleichermaßen ein.

Am 26. Oktober 2023 hat der Landtag Nordrhein-Westfalen den Antrag „Den Aktionsplan für Vielfalt und gegen Homo- und Transfeindlichkeit auf erweiterter Datenbasis weiterentwickeln“ beschlossen. Demnach sollen vertiefende Erkenntnisse über die Lebenslagen und Erfahrungen von LSBTIQ* in Nordrhein-Westfalen gesammelt werden und unter anderem dazu beitragen, die Datenbasis zur Gesundheit und sozialen Situation von queeren Menschen in NRW zu erfassen. Dabei soll die Studie gemäß Landtagsbeschluss insbesondere drei Themenbereiche schwerpunktmäßig untersuchen: Diskriminierung, Gewalterfahrung und Sicherheit; Gesundheit, Pflege und Alter; Integration, Migration und Flucht. Dieser Forschungsauftrag ist Ende 2023 an die Forschungs- und Wissenschaftsmanagement-Beratung Rauh Research Management erteilt worden und befindet sich bereits in der Umsetzung. Dabei wird die Lebenslagenstudie selbstverständlich intersektional ausgerichtet.